
FDP Bad Soden

GELD FÜR DIE KINDERBETREUUNG ABER NICHT FÜR DOPPELTE VERWALTUNGSSTRUKTUREN

14.08.2017

In der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause wurde über die Gebühren der Kindertagesstätten in Bad Soden diskutiert. Ausgangspunkt war ein Antrag der Grünen, die Gebühren für die Kindertagesstätten nach Einkommen zu staffeln. Die Freien Demokraten lehnen eine solche Regelung ab. „Nicht weil wir glauben, dass es keine Familien in Bad Soden gibt, die sich die Gebühren nicht leisten können, sondern weil diese Aufgabe vom Main-Taunus-Kreis schon übernommen wird“, erklärt der sozialpolitische Sprecher Sven Hahnel. Der Kreis prüfe die individuelle Situation der Familien, bis hin zu individuellen Mietkosten oder außergewöhnlichen Belastungen. Hahnel weiter: „Sollte die Förderung nicht ausreichen, muss das Thema im Kreis gelöst werden. Viele Bad Sodener Kommunalpolitiker sind auch im Kreistag vertreten oder können über die Kollegen in der eigenen Partei das Thema im Kreistag adressieren.“ Die Liberalen kritisieren, dass mit der notwendigen Prüfung des Nettoeinkommens der antragstellenden Eltern eine zusätzliche Stelle in der Stadtverwaltung notwendig werde, deren Kosten sich auf ca. 40.000 Euro pro Jahr belaufen würden, bevor überhaupt einem Kind geholfen sei. Und das, obwohl die gleiche Prüfung beim Kreis erfolge. „Wer sagt uns denn, dass der Kreis sich nicht aus seiner Verantwortung zurückzieht und erst die Stadt, Zuschüsse zahlen lässt,“ stellt Hahnel fest.

Die Fraktionsvorsitzende Bettina Stark-Watzinger kritisiert, dass in Bad Soden der Fokus zu wenig auf die Struktur der Betreuung gelegt werde. Die Realität der Familien sei oft, dass beide Elternteile arbeiten gehen müssten, um sich ein Leben in Bad Soden leisten zu können. „Diese Familien brauchen eine Betreuung – sei es im Kindergarten oder in der Schulbetreuung – die die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Eltern zwar nicht ersetzt, aber unterstützt. Wir müssen daher in Zukunft viel mehr über die Qualität der Betreuung sprechen. Und damit ist nicht die einzelne Erzieherin gemeint, die in der Regel sehr gute Arbeit leistet,“ erklärt Stark-Watzinger. „Aber die Schließung der Horte ist der Falsche

Weg. Denn Kindern, die ein Stück mehr Unterstützung brauchen, wird man nicht mehr gerecht. Wir wollen, dass der Fokus endlich wieder die Chancengerechtigkeit in den Blick nimmt, denn die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden früh gelegt.“